

Einsatzbericht aus der Region Ixil – der Kampf um Land und um juristische Gerechtigkeit

Das Projekt für internationale Begleitung ACOGUATE wurde im Jahr 2000 durch mehrere Komitees ins Leben gerufen. Es verfolgt das Ziel, verschiedenste Personen und Organisationen, welche sich für die Menschenrechte in Guatemala einsetzen, durch Begleitung zu schützen und zu unterstützen. ACOGUATE erhält zahlreiche Begleitanfragen von Organisationen aus den Bereichen:

- i) Kampf für juristische Gerechtigkeit und gegen die Straflosigkeit
- ii) Verteidigung von Land und natürlichen Ressourcen
- iii) Verteidigung der Arbeitsrechte und Gewerkschaften

Seit der Gründung der Organisation haben bereits ca. 550 Personen einen Einsatz geleistet und sich dadurch für die Menschenrechte von Guatemala eingesetzt. Seit vier Monaten bin ich für **Peace Watch Switzerland** - eines der 11 Komitees - im Einsatz.

Das Projekt setzt sich aus einer fünfköpfigen Koordination, vier "equipos regionales" und dem "equipo móvil" zusammen. Die vier regionalen Gruppen, bestehend aus jeweils zwei Personen, decken die Regionen Ixcán, Ixil, Rabinal und Huehuetenango/San Marcos ab. Die fünfte Gruppe – das equipo móvil - hat seinen Sitz in der Hauptstadt.

Seit Beginn des Einsatzes halte ich mich vorwiegend in der Region Ixil auf. Zwei grosse Themen prägen gegenwärtig das Wohlergehen der Bevölkerung im Nordwesten des Landes – die Situation der juristischen Ungerechtigkeit und die Lage des Landbesitzes. Beide Problematiken sind miteinander eng verknüpft und haben historische Ursachen, deren Spuren weit in die Gegenwart hineinreichen.

Information der Bevölkerung Ixils über den Genozid-Prozess

Die Region Ixil war vom 36-jährigen Bürgerkrieg besonders stark betroffen. Insbesondere zu Beginn der 1980er Jahre wurde das Gebiet trauriger Schauplatz des vom guatemaltekischen Militär verübten Genozids, bei welchem mehrere Tausend indigene Leute ihr Leben verloren. Sie wurden verschiedenen Gräueltaten ausgesetzt, da das Militär pauschal verschiedenste Dörfer als der Guerilla angehörend denunzierte. Das Militär versuchte der Guerilla den Boden zu entziehen und vermutete den Standort der sozialen Basis der Guerillas in der Region Ixil. Nach dieser Einschätzung wurde die gesamte Bevölkerung Ixils als subversiv betrachtet, wodurch militärische Operationen jeglicher Art gerechtfertigt wurden. Mithilfe rassistisch unterlegter Diskurse wurde das indigene Maya-Volk Ixil zu einem eigenständigen Ziel in der vom Militär verfolgten Politik der „Verbrannten Erde“, mittels welcher das Militär eine gross angelegte Zerstörung der Region anrichtete. So wurde die ethnische Gruppe Ixil zum inneren Feind erklärt, was 1981 zur Schaffung einer eigens auf das Gebiet zugeschnittenen Militäroperation – der „Operation Ixil“ – führte. In der Folge wurde die Ethnie der gleichnamigen Region eine der Hauptzielgruppen des Völkermordes, was neben einer systematischen Ermordung der Bevölkerung gewaltsame Vertreibungen und sexuelle Vergewaltigungen mit sich brachte. Insbesondere unter der Diktatur von General Efraín Ríos Montt zwischen 1982 und 1983 kam es zu schweren Massakern: Die nach dem Ende des Bürgerkriegs 1996 eingesetzte UN-Wahrheitskommission *Comisión para el Esclarecimiento Histórico* hält fest, dass knapp die Hälfte der von Militärs und Paramilitärs verübten Gräueltaten in die Herrschaftszeit Montts fiel: Allein in den 16 Monaten unter Montt wurden zwischen 70 und 90% der Dörfer der Region ausgelöscht (insgesamt um die 400) und Tausende unschuldige Menschen getötet. Die Kommission kam zum klaren Schluss, dass Akte des Völkermords gegen die indigene Maya-Bevölkerung begangen wurden.

Es hat Jahre gedauert, bis die Kriegsverbrechen juristisch aufgearbeitet wurden. In den letzten Jahren wurden diesbezüglich einige Fortschritte erreicht – so wurden u.a. seit August 2009 in einer Reihe von Strafprozessen erstmals hohe Polizeibeamte und paramilitärische Führer verurteilt. Dieser positiven Tendenz steht entgegen, dass sich die guatemaltekische

Justiz nach wie vor schwer tut, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen – der über die Landesgrenzen hinaus mit Spannung verfolgte Prozess für Genozid bestätigt diesen Eindruck. Am 10. Mai 2013 hat das Gericht für ‚Hochrisikofälle‘ in Guatemala-Stadt den vom Militär und Staat verübten Genozid offiziell anerkannt und den ehemaligen Diktator Efraín Ríos Montt zu einer Gefängnisstrafe von 80 Jahren verurteilt. Zehn Tage später hat das Verfassungsgericht dieses historische Urteil jedoch aufgrund von Verfahrensfehlern aufgehoben. Damit hat das Verfassungsgericht seine Kompetenzen überschritten, es hat in einen Prozess eingegriffen, ohne dass zuvor alle Anfechtungsinstanzen durchlaufen wurden. Dieser umstrittene Entscheid hat die Leute, welche jahrzehntelang um Anerkennung und juristische Gerechtigkeit gekämpft haben, erschüttert; juristische ExpertInnen sprechen von einer Krise des Justizsystems. Anfang Juni 2013 wurde bekannt, dass aufgrund der Arbeitsbelastung des Gerichts der Prozess wohl nicht vor April 2014 wieder aufgenommen werde. In den darauf folgenden Wochen hatte sich der Widerstand gegen den dubiosen Beschluss der Annullierung verstärkt. Gerade in Nebaj, dem Zentrum Ixils, ist es zu mehreren Aktivitäten gekommen, mit welchen die Anerkennung des Genozids eingefordert wurde (siehe dazu den Guatemala-Bericht vom August 2013 auf der PWS-Homepage). Für die ZeugInnen und Überlebenden besitzt die Verkündung des Strafurteils Gültigkeit - schliesslich war es die erstmalige Bestätigung eines nationalen Gerichts, dass es in Guatemala Genozid gegeben hat. In der Tat beruht die Annullierung letztlich nur auf Verfahrensfragen, fechtet das Urteil aber nicht inhaltlich an.

Generell lässt sich festhalten, dass die Situation um den Genozid-Prozess für viel Verwirrung gesorgt hat, der es selbst juristischen Fachkreisen erschwert, den Überblick zu behalten. Die Verteidigung hat jeden Versuch unternommen, den Prozess zu verzögern; so ging es ihr weniger um die Vorführung der Gegenbeweise (welche in der Tat schmal ausfiel) als vielmehr um die juristische Blockade des Prozesses – während des Verfahrens wurden über 100 (!) Beschwerden eingereicht.

Kaum verwunderlich, hat die Annullierung des Prozesses auch bei den betroffenen ZeugInnen Konfusion gestiftet und Tristesse ausgelöst. Schliesslich hatten sie 10 Tage vor der Aufhebung jubelnd den Gerichtssaal verlassen - in der Hoffnung, endlich Gerechtigkeit gefunden zu haben. Stattdessen geht der Kampf um Anerkennung der überlebenden Opfer weiter. Sie können dabei auf die Unterstützung von verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen zählen. Die regionale Gruppe Ixil von ACOGUATE, welcher auch ich angehöre, leistet dazu ebenfalls ihren Beitrag, indem sie verschiedene ZeugInnen in ihren oft recht abgelegenen Dörfern besucht und regelmässig an Sitzungen, Anlässe und Gerichtsprozesse begleitet. Wir arbeiten dabei eng mit der ZeugInnenvereinigung *Asociación para la Justicia y Reconciliación (AJR)* und dem Menschenrechtszentrum *Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos (CALDH)* zusammen – die beiden NebenklägerInnen der Hinterbliebenen im Genozidprozess.



Verteilung des Genozidurteils in den Gemeinden

In den letzten Wochen wurden wir von den ZeugInnen oft nach Neuigkeiten bezüglich des Genozidprozesses gefragt. Da die Übergabe des Genozidurteils in Buchform gedruckt wurde, veranlasste CALDH, die Bücher in den vom Völkermord betroffenen Gemeinden der Region Ixil zu verteilen und mittels Präsentationen über die Situation des Urteils aufzuklären. Das rund 700 Seiten umfassende Dokument beinhaltet das Strafurteil gegen Ríos Montt - mitsamt der ZeugInnenaussagen, der Gutachten und des Schuldspruchs.

Trotz der oben angesprochenen Aufhebung des Strafurteils wird das Buch als Beweis dafür verwendet, dass die guatemaltekische Justiz zumindest für 10 Tage funktioniert hat und dass es in

Guatemala Genozid gegeben hat. Wir haben CALDH auf diesen Aktivitäten in den unterschiedlichen Gemeinden, welche uns von unseren Besuchen der ZeugInnen bereits bekannt waren, begleitet und dabei einem grösseren Personenkreis kurz die Rolle von ACOGUATE erläutert.

Im Rahmen einer anderen Zusammenkunft in Nebaj entschieden sich einige ZeugInnen, ihr Öffentlichkeitsprofil zu ändern. Den Anfang machten sie dabei bei einem internationalen Treffen mit RepräsentantInnen von indigenen Gemeinschaften aus Bolivien, Ecuador und Kolumbien. Diese wiesen ihrerseits auf ähnliche vergangene und gegenwärtige Kämpfe indigener Gemeinschaften in ihren Ländern hin und betonten ihre Solidarität im Fall Guatemalas. Aus Angst vor Repression machten bisher die wenigsten ZeugInnen ihre entsetzlichen Geschichten publik. Rund ein Dutzend der Zeugen möchten nun ihre Aussagen öffentlich machen, um die den Genozid leugnenden Teile der Bevölkerung zu sensibilisieren. Diese mutige und sehr respektable Entscheidung dürfte für ein breiteres Medieninteresse sorgen und wird auch für die Arbeit von ACOGUATE Konsequenzen haben, da gewisse Zeugen wahrscheinlich einen intensiveren Schutz benötigen werden.



Zusammenkunft indigener Gemeinschaften mit abschliessender Maya-Zeremonie

Der ewige Kampf um Land

Eine andere Besorgnis der Bevölkerung Ixils ist die Unsicherheit ihres besiedelten Landes. Wie andere indigene Völker leben die Ixil in ressourcenreichen Gebieten, was Konflikte um Landrechte und Landnutzung nach sich zieht. Während Jahrhunderten musste die indigene Bevölkerung Guatemalas mehrere einschneidende Kontrollen, Enteignungen und Verstaatlichungen ihrer bewohnten Gebiete über sich ergehen lassen. Die erste Zwangskonzentration der Dörfer begann mit der spanischen Invasion und Kolonisation im 16. Jahrhundert. Entgegen der weitläufigen Meinung brachte diese jedoch nicht einen signifikanten Landverlust der indigenen Bevölkerung mit sich, da die Spanier mehr an der Ausbeutung der Arbeitskraft interessiert waren als am Land an sich. Ein grundlegender Wandel setzte mit der liberalen Revolution in den 1870er Jahren ein, als der Staat Kaffee als neues Exportprodukt einführte und grossräumig förderte. Die Produktion von Kaffee erforderte eine neue Nutzung des Landes, wodurch ein Grossteil der indigenen Bevölkerung von ihren ursprünglich besiedelten Gebieten vertrieben und ihrer traditionellen Lebensgrundlagen beraubt wurde.

Der Prozess der Militarisierung, der mit dem Anfang des Bürgerkriegs in den 1960er-Jahren einsetzte, verstärkte diese Entwicklung. In dieser Zeit entdeckte der Staat, stets auf die Hilfe des Militärs zählend, die Ölgewinnung und den Bergbau als neue Geldquellen, wodurch das Land der indigenen Bevölkerung weiter schrumpfte. Dies intensivierte sich während den oben angesprochenen Gräueltaten des Militärs Anfang der 1980er Jahre. Der Bürgerkrieg erwies sich als günstiges Instrument für das Militär, Territorien zu beschlagnahmen. Dies wurde vom Militär durch die Zwangskonzentration der Bevölkerung in ausgewiesene Orte nahe der militärischen Einrichtungen erreicht. Die Aggression und Repression des Militärs löste bei der Bevölkerung grosse Ängste aus, so dass an eine Opposition nicht zu denken war. Einigen gelang es jedoch, in die Berge zu flüchten und sich dort als zivile Gemeinden im Widerstand den sogenannten *Comunidades de Población en Resistencia (CPR)* grösstenteils den Zwängen des Militärs zu entziehen. Obwohl auch sie grosse Teile ihres Landes abgeben mussten, schafften sie es, ihre alternative, kollektive Lebensform aufrecht zu erhalten, Bereiche wie Ernährung, Gesundheit und Bildung eigenständig zu organisieren und sich so – trotz oftmals prekärer Lebensbedingungen – bis zum Friedensabkommen von 1996 zu behaupten.



Ressourcenreiches Gebiet: Die Hochlandregion Ixil

Die Friedensvereinbarungen sahen eine territoriale Neuordnung vor, welche es den Mitgliedern der CPR erlauben sollte, in ihre ursprünglichen Dörfer zurückzukehren – der Staat hat jedoch, wie bei anderen Versprechungen, seine Verpflichtungen nicht eingehalten. Stattdessen hat sich der Staat verschiedenen Entwicklungsplänen und Megaprojekten von transnationalen Firmen geöffnet und dadurch eine neue, aber ähnlich effektive Strategie der Landkontrolle verfolgt. Im Rahmen des Friedensprozesses hat die Regierung die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, welche der indigenen Bevölkerung einen rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf Grundrechte garantiert. Von der Einhaltung dieser Konvention ist in der Praxis leider sehr wenig zu sehen. Der Staat verteilt bereitwillig Landflächen an transnationale Firmen, welche dem Thema der Rechte der indigenen Bevölkerung mit erstaunlicher Gleichgültigkeit begegnen. Insbesondere die Selbstbestimmungsrechte der indigenen Völker werden vom Staat und von privaten Unternehmen mit Füßen getreten: So ist das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) in Guatemala gesetzlich verankert, wird aber von beiden Akteuren regelmässig missachtet. Indigene Gemeinden hätten demnach das Recht, geplante Projekte auf dem von ihnen bewohnten und benutzten Land zu bewilligen resp. abzulehnen. Davon ist in der Praxis wenig zu sehen: Der guatemaltekische Staat informiert die indigene Bevölkerung oftmals nicht über die Präsenz und Aktionen multinationaler Firmen. Ist der Staat in dieser Hinsicht ausnahmsweise transparent und legt die Vergabe ihrer Lizenzen offen, stossen Klagen der indigenen Bevölkerung meist auf taube Ohren. Angesichts der im zentralamerikanischen Vergleich geringen Staatseinnahmen Guatemalas ist es kaum verwunderlich, dass die Interessen von Grossgrundbesitzern priorisiert werden: 90% des bewirtschafteten Landes liegen in privatem Eigentum, ein Grossteil davon gehört der Oligarchie – der Anteil kommunal verwalteter Flächen ist aufgrund dieser einseitigen Besitzverteilung verschwindend klein. Die Division des Landes ist sinnbildlich für die nach wie vor grosse soziale Ungleichheit des zentralamerikanischen Staates.



Gemeindeversammlung zu Strategien der Verteidigung der Landrechte

Der Kampf um Selbstbestimmungsrechte der indigenen Bevölkerung ist daher kein einfaches Unterfangen, sind in diese Konflikte oft sowohl Regierungsbehörden, Polizei und Armee als auch private Unternehmen und ihre Sicherheitsfirmen involviert. Hoffnung geben dabei nicht wenige Erfolgsgeschichten des Widerstandes: Bereits in der Vergangenheit wusste sich die indigene Bevölkerung zu schützen, ihre natürlichen Ressourcen zu verteidigen und so das Wohl der Gemeinschaft zu gewährleisten. Es ist zu erwarten, dass sie die ihnen zustehenden Rechte auch in Zukunft mit aller Vehemenz durchzusetzen versuchen.

Interessante Homepages für weitere oder vertiefte Informationen:

www.acoguate.org	Hauptseite von ACOGUATE
www.guateprensa.wordpress.com	Für die Organisation relevante Zeitungsartikel
www.caldh.org/CALDHINFO.html	Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos
www.ajrguatemala.org	Asociación para la Justicia y Reconciliación
www.pdh.org.gt	Procurador de Derechos Humanos
www.comunitariapress.wordpress.com	Alternative Zeitung
www.prensalibre.com	Staatszeitung
www.elperiodico.com	Staatszeitung
www.lahora.com.gt	Nachmittagszeitung
www.plazapublica.com.gt	Qualitätszeitung
www.paraqueseconozca.blogspot.com/	Blog "coordinación genocidio nunca más"
http://upside-down-world.org/main/	Online-Magazin über Politik und Aktivismus in Lateinamerika (englisch und spanisch)
http://fijate.guatemala.de	14-tägiger Nachrichtendienst zu Guatemala (deutsch)
www.tortilladigital.wordpress.com/	Informations-Blog über Guatemala und Honduras (deutsch)
www.amerika21.de	Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika (deutsch)

Thomas Kocherhans, Oktober 2013